

# Landwirtschaftsgesetz

vom 25. Oktober 2000 <sup>1)</sup>

---

## I. Allgemeine Bestimmungen

### § 1

<sup>1</sup> Der Kanton sorgt für die Förderung und Erhaltung einer leistungsfähigen, marktgerecht und nachhaltig produzierenden Landwirtschaft. Zweck

<sup>2</sup> Das Gesetz ergänzt das Bundesgesetz über die Landwirtschaft <sup>2)</sup>.

### § 2

<sup>1</sup> Der Regierungsrat erlässt ein Leitbild für die Thurgauer Landwirtschaft. Leitbild

<sup>2</sup> Das Leitbild richtet sich nach den Grundsätzen der Ökonomie und der Ökologie.

<sup>3</sup> Es hat insbesondere folgende Ziele:

1. Förderung wettbewerbsfähiger Strukturen, wobei bäuerliche Familienbetriebe im Vordergrund stehen;
2. Stärkung der Selbsthilfe, insbesondere durch Grundausbildung, Weiterbildung und Beratung;
3. Ausrichtung der Produktion auf nachhaltige Bewirtschaftungsweisen und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen;
4. Pflege der Kulturlandschaft;
5. Wirtschaftliche Stärkung des ländlichen Raumes.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat sorgt für die Umsetzung des Leitbildes und erstellt periodisch einen Controllingbericht.

### § 3

Fördermassnahmen bestehen darin, dass der Kanton

1. Projekte anregt, befristet begleitet und kontrolliert,
2. Personal oder Infrastruktur zur Verfügung stellt,

Förder-  
massnahmen

---

<sup>1)</sup> In Kraft gesetzt auf den 1. Mai 2001.

<sup>2)</sup> SR 910.1

3. Staatsbeiträge gewährt oder
4. in anderer Form im Interesse der Land- und Hauswirtschaft tätig wird.

#### § 4

Politische  
Gemeinden

<sup>1</sup> Die Politische Gemeinde unterstützt den Kanton beim Vollzug der landwirtschaftlichen Massnahmen.

<sup>2</sup> Sie bezeichnet eine Vollzugsstelle.

## II. Produktion und Absatz

#### § 5

Eigen-  
verantwortung

Die Produzenten und Produzentinnen sowie die landwirtschaftlichen Organisationen sind in erster Linie selbst für Produktion und Absatz verantwortlich.

#### § 6

Selbsthilfe,  
Zusammenarbeit

<sup>1</sup> Der Kanton fördert die Selbsthilfe in der Landwirtschaft und die Zusammenarbeit mit weiteren Wirtschaftsbereichen.

<sup>2</sup> Er kann den ökologischen Ausgleich, umweltschonende Anbauverfahren und die artgerechte Tierhaltung fördern.

<sup>3</sup> Er unterstützt Institutionen und Massnahmen, deren Zweck die Qualitäts- und Absatzförderung ist.

<sup>4</sup> Er kann sich an Qualitätssicherungsdiensten der Branchen- und Produzentenorganisationen beteiligen.

#### § 7

Produkte-  
förderung

Der Kanton kann Anbau, Herstellung, Veredelung und Vermarktung innovativer oder ökologisch wertvoller Produkte fördern, die eine Wertschöpfung für den Thurgau und seine Betriebe bringen.

**§ 8<sup>1)</sup>****§ 9**

Der Kanton unterstützt Bestrebungen zur Kennzeichnung und zum Schutz der Bezeichnung von einheimischen Qualitätsprodukten, insbesondere von Ursprungsbezeichnungen.

Kennzeichnung

**III. Bildung und Beratung****§ 10<sup>1)</sup>**

<sup>1</sup> Der Kanton führt das Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg (BBZ Arenenberg).

Bildungs- und  
Beratungs-  
zentrum  
Arenenberg

<sup>2</sup> Das BBZ Arenenberg dient der beruflichen Grundbildung, Weiterbildung und Beratung in der Land- und Hauswirtschaft sowie der beruflichen Bildung in weiteren Berufen.

**IV.<sup>1)</sup>****§ 11<sup>1)</sup>****§ 12<sup>1)</sup>****V. Pflanzenschutz****§ 13**

<sup>1</sup> Der Regierungsrat kann für den Pflanzenschutz und die Kontrolle unerwünschter Pflanzen Vorschriften erlassen, Massnahmen anordnen und besondere Vollzugsorgane bezeichnen.

Vorschriften,  
Massnahmen

<sup>2</sup> Wer Boden besitzt oder bewirtschaftet, ist verpflichtet, bei der Vorbeugung von Schäden und der Bekämpfung von Schadorganismen mitzuwirken, Massnahmen zu dulden und sich an den Kosten zu beteiligen.

<sup>3</sup> Bei der Anordnung der Massnahmen ist auf die Bewirtschaftungsart der betroffenen Grundstücke Rücksicht zu nehmen.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss G über die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vom 25. April 2007, in Kraft gesetzt auf den 1. Januar 2008.

**§ 14**Pflanzenschutz-  
fonds

<sup>1</sup> Der Kanton führt einen Pflanzenschutzfonds zur Deckung von Schäden durch Schadorganismen, insbesondere durch Engerlinge und Feuerbrand, an Kulturen auf landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutztem Boden.

<sup>2</sup> Der Fonds wird zu gleichen Teilen durch den Kanton, die Politischen Gemeinden und die Bewirtschaftenden von landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutztem Boden geüfnet.

<sup>3</sup> Der Fonds weist in der Regel einen Bestand von fünf bis neun Millionen Franken auf.

**§ 15**Beiträge und  
Entschädigungen

<sup>1</sup> Der Regierungsrat legt für den Pflanzenschutzfonds die Voraussetzungen für die Beitragspflicht und die Entschädigungsberechtigung sowie die Höhe der Beiträge fest.

<sup>2</sup> Die Vergütung von Schäden kann eingeschränkt oder verweigert werden, wenn in besonders gefährdeten Gebieten anfällige Kulturen oder Wirtspflanzen angepflanzt oder bei der Bewirtschaftung die zumutbaren Vorbeugemassnahmen unterlassen wurden.

**§ 16**Zahlungen an  
Vorbeugung und  
Bekämpfung

Aus dem Pflanzenschutzfonds können Zahlungen an die Kosten von Vorbeuge- und Bekämpfungsmassnahmen geleistet werden, sofern der Regierungsrat diese bewilligt hat.

**VI. Vollzug von Bundesrecht****§ 17**

Direktzahlungen

<sup>1</sup> Der Kanton sorgt für die Ausrichtung der Direktzahlungen.

<sup>2</sup> Das zuständige Amt ist berechtigt, die notwendigen Informationen bei den Amts- und Fachstellen von Kanton und Politischen Gemeinden einzuholen.

<sup>3</sup> Das zuständige Amt kann mit Direktzahlungen verrechnen:

1. Beiträge für den Pflanzenschutzfonds;
2. Beiträge für den Tierseuchenfonds;
3. Kontrollkosten und Verfahrensgebühren, die im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Direktzahlungen stehen.

## § 18

<sup>1</sup> Der Kanton führt im Zusammenhang mit der Durchführung agrarpolitischer Massnahmen ein Parzellenverzeichnis.

Parzellenverzeichnis

<sup>2</sup> Wer Kulturland bewirtschaftet, ist verpflichtet, die notwendigen Daten zu liefern.

## § 19

<sup>1</sup> Der Regierungsrat regelt die Organisation der vom Bund vorgeschriebenen Kontrollen.

Kontrollen

<sup>2</sup> Die Kontrollen werden vom Kanton finanziert.

## § 20

Der Regierungsrat kann den Vollzug der bundesrechtlichen Bestimmungen über die Gewährung von Investitionskrediten und Betriebshilfedarlehen einer geeigneten Organisation übertragen.

Investitionskredite und Betriebshilfe

# VII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

## § 21

Der bisherige Fonds für Engerlingsschäden gemäss § 28 des Gesetzes über Flur und Garten <sup>1)</sup> wird in den Pflanzenschutzfonds überführt.

Fonds für Engerlingsschäden

---

<sup>1)</sup> 913.1

§ 22 <sup>1)</sup>

§ 23 <sup>2)</sup>

§ 24

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt auf einen durch den Regierungsrat festzusetzenden Zeitpunkt in Kraft.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss G über die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vom 25. April 2007, in Kraft gesetzt auf den 1. Januar 2008.

<sup>2)</sup> Aufhebung bisherigen Rechtes, ABl. 2000, Seite 2354.